

**Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 01.03.2005**

Vorlage Nr. 04-F-03-0108

**Verkehrspolitik gesundheitsverträglich gestalten  
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0048 vom 02.02.2005 -**

---

**Beschluss Nr. 0032**

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.12.2004 in folgender Fassung anzunehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

- Stickoxide sind Reizgase und können Atemwegserkrankungen wie allergische Reaktionen auslösen. Feinstäube sind lungengängig, verkürzen bei Langzeitexposition die Lebenserwartung und können Krebs verursachen. Nach umweltmedizinischen Studien können Kfz-Abgasen 1 bis 2% der Todesfälle pro Jahr zugeordnet werden.
- Die Gesundheitsbelastungen durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe müssen über die per EU-Recht geforderte und einklagbare Verpflichtung zur Grenzwerteinhaltung hinaus im Sinne einer vorsorge- und zukunftsorientierten Verkehrspolitik minimiert werden. Der regionale Luftreinhalteplan Rhein-Main bietet dafür die Grundlage.
- Die in Wiesbaden seit Jahren festgestellten Grenzwertüberschreitungen bei Stickoxiden sowie die im Zuge der Grenzwertabsenkungen zu erwartenden Überschreitungen der zulässigen Konzentrationen bei Feinstäuben sind aus gesundheits-, umwelt- wie verkehrspolitischer Sicht nicht hinnehmbar.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

1. Zu den 10 Maßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden aus dem Regionalen Luftreinhalteplan bis Mitte 2005 ein konkretes **Umsetzungskonzept** vorzulegen
2. Das Maßnahmenbündel um die kurzfristige, bereits als Prüfauftrag beschlossene Ergänzung von Dieselnissen um Erdgaskomponenten (Planungs-, Bau- und Verkehrsausschuss vom 9.11.04) sowie die ebenfalls beschlossenen Prüfungen der Einführung eines Mietertickets, Mieter-Car-Sharings, "Nero-Card" sowie die planerischen Vorbereitungen für eine Schienenanbindung der Innenstadt zu ergänzen.
3. Folgende Maßnahmen sind zu prüfen:
  - 1 Ergänzung der in Wiesbaden eingesetzten Dieselnisse um Erdgaskomponenten unter Berücksichtigung der in der Ausschusssitzung am 01.03.2005 gegebenen Informationen
  - 2 Nachtfahrverbot für Lkw, Verlagerung des Lkw-Verkehrs aus der Innenstadt
  - 3 Neubeschaffung städtischer Fahrzeuge nur mit Rußpartikelfilter oder alternativ mit Erdgas-Ottomotor
  - 4 Im ÖPNV: Einführung der Pflicht von Rußpartikelfiltern ab 1.1.2005 bei Ausschreibungen

- 5 Optimierung des Verkehrsflusses durch Ampelschaltungen und Pförtnerampel
  - 6 Ausbau eines durchgehenden Radwegenetzes
  - 7 Prüfung eines Behörden-Car-Sharing
  - 8 Einführung eines Mietertickets
  - 9 Prüfung der Einführung von Mieter-Car-Sharing bei öffentlich geförderten Wohnungen
  - 10 Aktive Förderung von Fahrgemeinschaften in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Main-Pendlernetz sowie durch Öffentlichkeitsarbeit und Verlinkung/Ergänzung auf der städtischen Homepage
  - 11 Optimierung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere durch die planerische Vorbereitung einer Schienenanbindung der Innenstadt
  - 12 Prüfung der Einführung einer Chipkarte für ÖPNV- und Car-Sharing-Nutzung gekoppelt mit dem ortsansässigen Einzelhandel (Nero-Card)
  - 13 Schaffung neuer/Erweiterung bestehender quellnaher Park & Ride-Anlagen
  - 14 Prüfung der Machbarkeit eines Güterverteilerzentrums
4. Die städtischen Maßnahmen sind mit den Gemeinden in der Region Rhein-Main abzustimmen und sollten auf regionaler Ebene durch eine Koordinationsstelle (z.B. bei der Gesellschaft für integriertes Verkehrsmanagement) begleitet bzw. umgesetzt werden.

## Tagesordnung II

Wiesbaden, .03.2005

Dr. Claussen  
stellv. Vorsitzender

## Protokollnotiz der FDP

Die Zustimmung gilt nicht für die Ziffer 11.